
Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland Heft 74 Sigel WAB 74, 1986	Reflexionen zum Jahr 1945 "Schlaininger Gespräche 1985"	Eisenstadt 1986. Österreich ISBN 3-85405-100-7
--	---	--

Gustav Reingrabner

BEMERKUNGEN ZUR SITUATION DER EVANGELISCHEN KIRCHE IM JAHRE 1945

Es gibt bisher nur wenige zureichende Beiträge zur Geschichte der Evangelischen Kirche in Österreich in der Zeit nach 1934. Am ehesten hat noch die Frage des Verhältnisses zum Ständestaat in den Jahren zwischen 1934 und 1938 das Interesse der kirchlichen Forschung erweckt und auch Darstellungen gefunden, die zum Teil aus der unmittelbaren Betroffenheit niedergeschrieben worden sind. Hingegen sind die innerkirchlichen Vorgänge, nicht zuletzt auch die im Protestantismus vorhanden gewesenen Gegensätze und Spannungen, ebenso wie die theologischen Positionen noch kaum erforscht und dargestellt worden.

Stellt sich die Forschungssituation schon für die Zeit bis zum Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich als unbefriedigend dar, so ist dies für die Zeit nach 1938 noch viel mehr der Fall. Für diese Zeit liegen nur ganz vereinzelt Untersuchungen vor; am ehesten sind noch in der einen oder anderen Pfarrgemeindegeschichte Abschnitte über die Entwicklung der Gemeinde während des Krieges anzutreffen. Aber auch in diesen Abschnitten fehlt es sehr oft an einer zureichenden Berücksichtigung der gesamt-kirchlichen Situation.

Der Grund für diese nicht eben erfreuliche Bestandsaufnahme im Blick auf die Darstellungen liegt zu einem erheblichen Maße in der unbefriedigenden Möglichkeit, die Quellen auswerten zu können. Das Archiv des Evangelischen Oberkirchenrates in Wien ist für die Jahre nach 1934 nicht zugänglich, beziehungsweise werden nur in besonderen Ausnahmefällen aus den dort vorhandenen Archivebeständen Auskünfte erteilt.

Wenn daher in der Folge der Versuch unternommen wird. Bemerkungen zur Situation der Evangelischen Kirche (in Österreich) im Jahre 1945 zu machen, dann kann das nur als vorläufige Übersicht und eher als Anzeige der Probleme gewertet werden. Um wenigstens an einer Stelle eine gewisse Vertiefung zu erreichen, wird zunächst in einer Reihe von Stichworten die Gesamtsituation der Kirche gegen und nach Ende des Zweiten Weltkrieges gewissermaßen "punktuell" dargestellt, und in einem zweiten Teil am Beispiel des Burgenlandes, beziehungsweise der Diözese A.B. Burgenland ein wenig mehr über den Weg gehandelt werden, auf dem dieser Stand und diese Situation erreicht worden ist.

Dabei wird sowohl der Tatsache Rechnung getragen, daß dieses Referat im Rahmen der "Schlaininger Gespräche" seinen Platz hat, wie auch gezeigt, daß sich die Entwicklung des burgenländischen Protestantismus doch in manchem von der des österreichischen unterschieden hat, weil die Voraussetzungen zu einem erheblichen Teil verschieden waren. Zugleich ist natürlich auch die bisherige Beschäftigung des Verfassers mit dem burgenländischen Protestantismus (und die Zugänglichkeit der Quellen im Archiv der Evang. Superintendentur A.B. Eisenstadt) Grund für diese besondere Behandlung der Geschichte des burgenländischen Protestantismus. Damit soll der Forderung einigermaßen entsprochen werden, zu zeigen wie es geworden ist, aber doch auch ein

in aller Kürze einigermaßen zureichendes Bild der kirchlichen Situation entworfen werden.

I.

1. Die kirchliche Organisation des österreichischen Protestantismus war durch das kaiserliche Patent vom 8. April 1861 und die darauf beruhende "Verfassung" festgelegt worden. Dabei war das landesfürstliche Obergerichts- und Verwahrungsrecht, über dessen Nähe zu einem kaiserlichen Summepiskopat in der Literatur verschiedene Meinungen geäußert werden, unbestritten geblieben. Diese landesherrlichen Rechte wurden seit 1918 von der österreichischen Bundesregierung wahrgenommen, womit die evangelische Kirche unmittelbarer denn vorher in den politischen Streit hineingezogen wurde. Auch der Anschluß im März 1938 änderte zunächst an dieser Konstruktion und Abhängigkeit nichts. Gegen die Wahl der Pfarrer konnte seitens der politischen Behörden Einspruch erhoben werden, die Superintendenten mußten von der Regierung bestätigt, die Generalsynode konnte nur mit Erlaubnis der Regierung einberufen werden, die Kirchenleitung war mehr oder weniger eine staatliche Behörde.

Da in der Zeit des Ständestaates die Möglichkeit des Oberkirchenrates, gegenüber der Öffentlichkeit als Sprecher des österreichischen Protestantismus aufzutreten, mehr als beschränkt war, wurde einer der Superintendenten zum "Vertrauensmann" erkoren und sollte als Geistlicher die besondere Position evangelischen Bekenntnisses deutlich machen. Angesichts der Ideologisierung gelang ihm das freilich nur unvollkommen und bewog ihn, im Jänner 1938 seinen Auftrag zurückzugeben.

Die neuen Machthaber sorgten 1939 durch ein Gesetz über die

Rechtsstellung des Evangelischen Oberkirchenrates in Wien für eine Veränderung der Lage. Diese Behörde sollte nunmehr als rein kirchliche Dienststelle weitergeführt werden. Einerseits wollte man von Seiten der Machthaber die öffentliche Stellung der Kirche vernichten und daher das Protestantenpatent aufgehoben wissen, andererseits hatte man gar keine Absicht, die staatliche Aufsicht und Bevormundung zu verringern.

Den Verantwortlichen in der Kirche ist es hingegen gelungen, die Auswirkungen des "Führerprinzipes" in Grenzen zu halten, obschon - sichtlich einem Drang der Zeit folgend - der Titel "Bischof" eingeführt wurde. Das kollegiale Prinzip der Kirchenleitung, eine nicht eben übergroße Abhängigkeit vom Oberkirchenrat in Berlin und die Beteiligung der Synodalausschüsse an der Leitung ermöglichte bis 1944 eine relativ ungestörte Wahrnehmung der Aufgaben an der "Spitze" der Kirche.

Im Dezember 1944 erfolgte die teilweise Evakuierung des Oberkirchenrates aus Wien nach Goisern in Oberösterreich. Lediglich der erst im Oktober in sein Amt eingeführte Bischof D. Gerhard May verblieb in Wien.

Zunächst war der Postverkehr zwischen den in Goisern tätigen Abteilungen (Präsident, Kirchenbeitragsstelle, Gehaltsverrechnung....) einerseits, dem Bischof und seinem Sekretariat andererseits noch möglich. Trotz der Reisebeschränkungen kam es zu gut durchdachten Anweisungen in den schwieriger werdenden Zeiten. In dem Maße, in dem Österreich Kriegsschauplatz wurde, kam diese Postverbindung zum Erliegen. Und nach Kriegsende blieb das Land im wesentlichen in zwei Teile zerschnitten. Damit markierte die Demarkationslinie, die zunächst eigentlich unüberschreitbar war, die Grenze zwischen jenen Kirchengebieten, die die Verbindung mit dem

das "Oberländer", außerordentlich weitläufig war und Gemeinden im südwestlichen "Oberdonau", in Salzburg und in Tirol umfaßte.

Nach der Auflösung der habsburgischen Monarchie waren der reformierten Kirche in Österreich überhaupt nur wenige Gemeinden geblieben, die etwa zur Hälfte in Wien, zur anderen Hälfte jedoch in Vorarlberg (seit 1939 ein Teil des Reichsgaues Tirol) lagen. Auf diese Art kam eine einheitliche Verwaltung ohnedies kaum zustande, die Schwierigkeiten der Kriegszeit erschwerten zudem jeden engeren Kontakt.

Die Zerstörung der Kommunikationsstränge gegen Ende des Krieges wirkten sich in dieser Diasporakirche erheblich deutlicher als in einer Mehrheitskirche aus und ließen die einzelnen Gemeinden stärker als je zuvor als selbständige Größen erscheinen.

3. Der Eintrittsbewegung in die evangelische Kirche in der Zeit nach 1933 entsprach keineswegs der Ausbau der kirchlichen Organisation. Die Bundesbehörden legten jeder Gemeindegründung erhebliche Schwierigkeiten in den Weg: die Notwendigkeit, daß die Pfarrer österreichische Staatsbürger sein mußten, ließ die Zahl der "Vikariate" ansteigen, die faktisch eigene Gemeinden darstellen, nur nicht als solche anerkannt waren. Natürlich brachte auch die Zeit nach 1938 keine Möglichkeit mit sich, diesen Nachholbedarf an kirchlicher Basisorganisation aufzuholen. So kam es, daß nicht nur wegen der Diasporasituation viele Gemeinden nicht mehr den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechend organisiert waren.

Wesentlich war, daß die neuen Machthaber das bis dahin blühende und ein gewisses Korrektiv gegen die statische und wenig zeitgemäße Pfarrgemeindeorganisation bildende evange-

lische Vereinswesen ebenso auflösten, wie das eben zu neuer Blüte (freilich nur auf Grund der starken finanziellen Unterstützung aus Deutschland) gelangte evangelische Schulwesen. Während man sich mancherorts des letzteren leicht hinbegab, sah man doch den deutsch-nationalen Geist, in dem es (wieder) gegründet worden war in den "neuen" (NS) Grundsätzen erfüllt, spürte man den Verlust des Vereinswesens unmittelbar und schmerzlich. Beides zusammen ergab eine Beschneidung der kirchlichen Arbeit, die für die Minderheitskirche schmerzlich und empfindlich war, auch wenn man das vorerst noch nicht zugeben wollte.

4. Daß man das zunächst nicht wollte, hing natürlich mit der ideologischen Position zusammen, die die meisten der österreichischen Protestanten einnahmen, zumindest was diejenigen anbetraf, die sich artikulierten.

Seit der Los von Rom - Bewegung der Jahrhundertwende war der deutsch-nationale Charakter des Protestantismus in Cisleithanien unverkennbar geworden, wenn man die böhmischen Gemeinden ausklammert. Zusammen mit der Tatsache, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der nunmehr als Pfarrer Tätigen aus Deutschland gekommen waren, hatten diese Bewegung und jene der Jahre nach 1933 zu einer immer deutlicheren Orientierung weiter Teile der Kirche nach Deutschland geführt. Diese Orientierung teilten die Protestanten in Österreich sicher mit einem erheblichen Teil der Gesamtbevölkerung, wurden aber durch die enge Verbindung mit dem "Mutterland der Reformation" und der von dort empfangenen Hilfe (Evangelischer Bund, Gustav Adolf Werk) noch zusätzlich in dieser Hinsicht motiviert. So war es kein Wunder, daß ein erheblicher Teil der Verantwortlichen in den Gemeinden, aber auch zahlreiche Pfarrer in dem nationalen Lager standen, das dann vom Nationalsozialismus mit Erfolg für sich gewonnen wurde. Die schmerzlichen Erfahrungen mit

dem Austrofaschismus seit 1934 waren nicht dazu angetan, den österreichischen Protestanten zu einer nüchternen Sicht der Dinge zu verhelfen und entsprechende Lehren aus dem deutschen Kirchenkampf zu vermitteln. Sicher gab es vereinzelt Pfarrer und Presbyter, die der Vaterländischen Front nahestanden, die Mehrzahl hielt es aber mit jenen, die deutlich erklärten, warum sie dieser patriotischen Organisation nicht beitreten "konnten". Und die Zahl derer, die mit der Sozialdemokratie sympathisierten, hielt sich trotz der in den Gemeinden der Industriegebiete erfolgten Eintritte aus Arbeiterkreisen durchaus in engen Grenzen. Eine Differenzierung zwischen einem vielleicht berechtigten "nationalen" Anliegen und der Position des Nationalsozialismus erfolgte nur in den seltensten Fällen und wurde dann, wenn es geschah, von den meisten abgelehnt; Superintendent D. Johannes Heinzelmann mußte dies im Jänner 1938 erfahren. Eine eigenartige Theologie, die das Volk als Schöpfungsordnung Gottes ansah, verband sich da mit den Emotionen, die seit 1918 nicht zur Ruhe gekommen waren.

5. Freilich brachten die ersten Monate nach der "Machtergreifung" 1938 bereits für viele von jenen herbe Enttäuschungen, die sich bisher hatten täuschen lassen. Hatte die ideologisierte Parteienlandschaft der Ersten Republik kaum ein positives Gefühl gegenüber diesem Staat aufkommen lassen und hatte die Vorgangsweise der Behörden des Ständestaates immer deutlicher dazu geführt, daß weite Teile der evangelischen Kirche in eine Abwehrhaltung gegen Österreich gedrängt worden waren, sorgten die Maßnahmen der neuen Machthaber nunmehr dafür, daß auch die Stellungnahmen zum Großdeutschen Reich auf ein geringeres Maß an Zustimmung zurückgedrängt wurden. Viele der großen "Idealisten" wurden enttäuscht, als die Pfarrer, zum Teil unter recht entwürdigenden Umständen aus der NSDAP entfernt wurden, als die ersten Bespitzelungen der Gottesdienste bekannt wurden.

Es kam jedoch nur in ganz vereinzelt Fällen zu einer echten Haltung des Widerstandes gegen den NS-Staat: und auch diese wenigen wurden kaum von der Kirche getragen, sondern höchstens geduldet. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß man sich in weiten Teilen der Kirche eine Haltung zu eigen machte, die auf ein Abwarten und Überwintern hinauslief.

Dabei war die Zahl der Unbelehrbaren, beziehungsweise jener, die meinten, durch Anpassung doch noch etwas zugunsten der Kirche herauszuholen zu können, nicht gering. Beachtlich war wohl auch, daß einige der heftigsten Proteste nur durch unmittelbar erfahrene Benachteiligungen ausgelöst wurden und keineswegs weltanschaulich begründet waren.

6. Hier zeigte sich, daß die theologische Position vieler Pfarrer in der österreichischen Kirche unklar war, daß die Fülle der Arbeit in der Diaspora einer regelmäßigen Reflexion auf den Glauben nicht günstig war und daß die weithin noch eingenommene liberale Theologie, beziehungsweise der dem Pietismus verpflichtete Standpunkt nicht unbedingt geeignet war, die nötige Klarheit in der Auseinandersetzung weltanschaulicher Art zu vermitteln.

Das wurde unlängst an der Stellung der österreichischen Theologen zu der Barmener Theologischen Erklärung von 1934 ebenso bewiesen, wie bereits vor längerer Zeit an ihrer Stellung zum Antisemitismus. Die wenigen bisher ausgewerteten Predigten belegen ein erschreckendes Maß an exegetischer Ignoranz ebenso wie eine unklare dogmatische oder sozialetische Position.

So kam es dazu, daß man sich in vielen Fällen an vordergründige Erscheinungen anschloß, beziehungsweise emotionale Stellungnahme zu den Geschehnissen der Zeit abgab. Nur

wenige unter den Pfarrern können als Künder der evangelischen Klarheit in jener Nüchternheit angesehen werden, die angebracht gewesen wäre.

Auch die Bischöfe rangen sich nur allmählich dazu durch. Bei dem von 1940 bis 1944 amtierenden Dr. Hans Eder war trotz der Erlebnisse, die ihn von einem Mitträger der "Bewegung" zu einem gewissermaßen Verfemten machten, eine doch nur teilweise Einsicht dieser Art gewachsen, daß die Herrschaft des Nationalsozialismus kaum in die göttliche Schöpfungsordnung eingepaßt werden kann. Bei Bischof D. Gerhard May war trotz der Erfahrungen, die er in der Südsteiermark mit dem südslavischen Staat gesammelt hatte, eine von Anfang an differenzierte Betrachtungsweise gegeben, die nur fallweise einer unkritischen Stellungnahme Platz machte, insgesamt natürlich auch eher durch die Stellung innerhalb einer "lutherisch"-deutschen Theologie gekennzeichnet war. Erst der Hirtenbrief, den er mit den beiden Räten im Oberkirchenrat Dr. Erich Stoekl und D. Gustav Zwernemann zum Totensonntag 1944 erließ, zeigt eine andere Betrachtung der politischen und geschichtlichen Vorgänge. Hier ist von dem Strafgericht Gottes die Rede, das an dem eigenen Volk anhebt, von den Versäumnissen in der Verkündigung und im Bekenntnis. Dabei werden Worte verwendet, die zwar auch in der Kriegspropaganda ihren Platz hatten: sie werden aber durch Ergänzungen in einen anderen Zusammenhang gerückt und gewissermaßen biblisch aufgefüllt, sodaß es zu einem Schuldbekenntnis und dem Ausdruck der Bußgesinnung gekommen ist.

Mit diesem Hirtenbrief begann D. May eine auch nicht von allen akzeptierte Neubewertung der theologischen Position des österreichischen Protestantismus in Volk, Staat und Recht, die sich in seinen Rundschreiben an die Pfarrer deutlich nach Kriegsende fortsetzte und allmählich doch eine

neue Sicht der Dinge mitherbeiführen half. Von da an entfernte sich die evangelische Verkündigung von den bisherigen Bahnen und suchte in einer erheblich christozentrischeren, freilich auch deutlich weniger wirksamen und Geist der Zeit nicht mehr einfangenden Verkündigung ihr Ziel.

7. Die Maßnahmen des Regimes gegen die Kirche wurden natürlich in ihren Auswirkungen durch den Krieg und die mit ihm verbundenen Maßnahmen sehr verstärkt. Die Seelsorge konnte nur in eingeschränktem Maße aufrechterhalten werden, da ein erheblicher Teil der Pfarrer zum Militärdienst eingezogen war. Aber nicht nur die Pfarrer waren nur mehr teilweise verfügbar; dasselbe galt auch für die Mitglieder der Gemeindegemeinschaften. Die sich abzeichnende Müdigkeit und Distanz der Kirche gegenüber und die Abwesenheit vieler Presbyter führten dazu, daß die presbyteriale Leitung der Gemeinden in einem erheblichen Teil derselben nicht mehr funktionsfähig war.

Auch wurde den Gemeinden nach Möglichkeit untersagt, die vom Krieg her gegebenen seelsorgerlichen Erfordernisse wahrzunehmen; in einzelnen Reichsgauen waren etwa alle besonderen Gedächtnisgottesdienste für Gefallene untersagt; anderswo behalf man sich mit einer rigorosen Anwendung der Verdunkelungsvorschriften, um ein ähnliches Ziel zu erreichen.

Die Einziehung der Autos, die Verweigerung der Benzinmarken für Pfarrer hatten in einer Kirche, in der sich viele Gemeinden Dutzende von Kilometern weit erstreckten, gewaltige Auswirkungen: Selbst in Kärnten oder im Burgenland, wo die Gemeinden zum Teil nahe beieinanderlagen, war die Administration von verwaisten Gemeinden ein großes Problem.

8. Die Austrittspropaganda führte dazu, daß rund ein

Siebentel aller österreichischen Protestanten mit ihrer Kirche brachen. Dabei waren die Austrittszahlen recht unterschiedlich. Eine Großstadtgemeinde verlor 35 Prozent ihrer Gemeindeglieder, eine andere etwa 31 Prozent. Im ländlichen Raum war - von einzelnen Ausnahmen abgesehen - die Austrittsbewegung weniger stark; hier wirkte sie sich eher in einem Absinken der Taufzahlen und der Konfirmationen aus.

Freilich darf nicht übersehen werden, daß in dem gleichen Zeitraum, in dem rund 41.500 Personen aus der Kirche ausgetreten sind, auch 27.000 Männer und Frauen in sie neu aufgenommen wurden.

Insgesamt aber war es doch ein unverkennbares Schrumpfen der Kirche, ihrer Bedeutung und ihrer Arbeit. Das zeigte sich ganz stark im Gottesdienstbesuch, der im Jahre 1944 gerade ein Drittel der Zahl von 1948 ausmachte. Hatten zunächst die verschiedenen Parteiveranstaltungen die Menschen daran gehindert zum Gottesdienst zu kommen, so tat dann ab 1944 der Krieg das Seine dazu.

Die Zerstörung des evangelischen Selbstbewußtseins durch die Maßnahmen der Machthaber war eine sich auf die Dauer (also weit über das Ende des Dritten Reiches hinaus) auswirkende Maßnahme; sie griff nämlich das Selbstverständnis einer Diasporakirche an ihren Wurzeln an. Das eben jetzt festzustellende Schwinden der "Diasporafähigkeit" unter Österreichs Protestanten hat letztendlich seine Wurzel in der Zerstörung dessen, was man als Wertgefühl konfessioneller Art aufgebaut hat; sicher sind in der Folge zahlreiche andere Faktoren noch hinzugekommen, die die Entwicklung derzeit fast dramatisch erscheinen lassen.

9. Das Jahr 1944 brachte einerseits mit der Intensivierung

der alliierten Bombenangriffe, die die Zerstörung zahlreicher kirchlicher Gebäude zur Folge hatten, andererseits die Erfassung aller Wehrfähigen und damit das Auseinanderdrängen der Familien, das durch die Evakuierungsmaßnahmen noch verstärkt wurde, nicht zuletzt aber das Einsetzen der Flüchtlingsbewegung. Und alle diese Geschehnisse trafen die Kirche und ihre Arbeit.

Die Bombenschäden wirkten sich auch deshalb aus, weil in Verbindung mit den schon erwähnten Verdunkelungsvorschriften in vielen Gemeinden die letzten Möglichkeiten der Sammlung von "Gemeinde" in Bibel- oder Jugendstunde unmöglich wurden. Und dort, wo das nicht der Fall war, erlebten Pfarrhäuser und Gemeindezentren Einquartierungen, die derartige Räume ebenfalls für kirchliche Arbeit versperrten.

Schließlich kam im Herbst 1944 der erste Strom der Umsiedler und Flüchtlinge aus dem Südosten in die Diözesen der österreichischen Kirche. Dabei handelt es sich zu einem erheblichen Teil um Protestanten, die zum Teil sogar mit ihren Pfarrern die Flucht angetreten hatten. So trat das Problem der Versorgung dieser großen Menschenmassen, die an etlichen Punkten massiert waren oder in Gegenden kamen, in denen es bisher keine evangelische Gemeinde gegeben hatte, in den Vordergrund. Die Kirchenleitung war durch den Herbst und Winter 1944/45 bemüht, so gut es möglich war, Hilfe zu leisten. Suchlisten, Übernahme von Flüchtlingsgeistlichen in ein provisorisches Dienstverhältnis, Bemühungen um Gebäude, vor allem aber auch finanzielle Hilfe wurden da ausgearbeitet. So war seitens des Oberkirchenrates noch die Kollekte des Ostersonntags 1945 für diese Flüchtlingshilfe bestimmt: in Ostösterreich konnte sie freilich nicht mehr eingehoben werden - der Krieg hatte das Land selbst erreicht.

10. Es ist müßig, etwas über die Auswirkungen zu schreiben, die der Krieg, der an seinem Ende im Lande selbst geführt wurde, mit sich brachte. Die Kirche hatte, so gut sie konnte, durch Anweisungen und Hilfen darauf vorzubereiten versucht. Auch für den Fall, daß einzelne Gemeinden evakuiert würden, gab es Weisungen. Nicht alles erwies sich als wirklich brauchbar und sinnvoll, insgesamt aber standen Versagen neben einem erstaunlichen Maß an Bewährung: "Es gab Pfarrer, die mit ihren Gemeinden im Treck wegzogen; es gab solche, die beim zurückgebliebenen Rest ausharrten und alle Not aushielten, es gab solche, die mit ihren Gemeindegliedern sich vorübergehend im Walde verbargen: es gab solche, die in der Stunde der Verwirrung nicht bei der Gemeinde blieben. Man muß die Klage solcher Gemeinden, die in der äußersten Not ohne Pfarrer waren, gehört haben, um zu ermessen, was ihnen geschah. Und man muß wissen, daß das tagelange Ausharren des Pfarrers bei seinen Gemeindegliedern im Luftschuttkeller und seine schlichten Andachten, oder die betende Gemeinschaft, die ein Pfarrer mit seinen geflüchteten Bauern in einer Waldschlucht hielt, während sie ihr Dorf im Kampf brennen sahen, oder das unerschrockene Eintreten eines Vikars für die in die Kirche geflüchteten Frauen und Mädchen tiefere Segensspuren hinterlassen hat, als eine jahrzehntelange Kanzeltätigkeit. ... Eines ist jedenfalls gewiß, in den Tagen, da das mächtige Dritte Reich und der überhebliche Nationalsozialismus zusammenbrach, erwies sich der totgesagte Christen- und Christusglaube als eine Lebensmacht". (Gerhard May. 1949).

11. Erst allmählich gab es wieder eine Normalisierung des Lebens. Über die Probleme des Post- und Reiseverkehrs, die eine "Kirchenleitung" schwierig machten, wurde bereits geschrieben. Die Gehaltszahlungen an die Pfarrer, die seit 1940 zentral von Wien aus vorgenommen worden waren, konnten auch erst wieder im Herbst 1945 angefangen werden: bis dahin

hatte jede Gemeinde, so gut sie konnte, eine a-conto-Verrechnung durchzuführen. Das war möglich, weil infolge des kriegsbedingten Baustops in der Regel die finanzielle Situation der Gemeinden durchaus erfreulich war.

So standen denn auch nicht diese Probleme im Vordergrund der Bemühungen. Natürlich ging es zunächst einfach darum, die Kirchen und Gemeindesäle für den Gebrauch wieder verwendungsfähig zu machen. Es gab also Aufräumarbeiten und kleinere Wiederherstellungsarbeiten. Nicht überall war das möglich, weil Einquartierungen da und dort erst allmählich aufgehoben wurden.

Eigentlich alle Besatzungsmächte legten Wert darauf, daß so bald wie möglich wieder ein einigermaßen "normales" kirchliches Leben begann. Die große Zahl der Flüchtlingsgeistlichen machte das dann auch tatsächlich oft dort möglich, wo die Gemeindepfarrer im Kriege gefallen oder noch in der Gefangenschaft waren, beziehungsweise aus anderen Teilen des Landes nicht zurückgekehrt waren.

Bischof D. May war von Anfang an bemüht, Kontakte herzustellen, Nachrichten weiterzugeben und Versprengte zu ihren Angehörigen zurückzuführen. Auch wenn diesen Bemühungen nur langsam Erfolge beschieden waren, so bedeutete ein solches Unternehmen doch so etwas wie Hilfe an der Stelle, wo sie manche am nötigsten empfanden. Und so bald es möglich wurde, begann man auch - da war der Wiener Jugendpfarrer Georg Traar der erfolgreichste - mit der Vermittlung äußerlicher Hilfe, wobei natürlich die ausländischen Beziehungen der Kirche ihre Bedeutung erwiesen.

Und dann ging es dem Bischof um die geistige Neuorientierung. Es war ihm klar, daß der österreichische Protestan-

tismus an seine ideologisierte und nationale Vergangenheit nicht anknüpfen konnte. Die Stellung in Österreich war eine andere geworden. Auch das Problem des Verhältnisses zu den Juden, das seit der Jahrhundertwende einerseits durch viele Judentaufen, andererseits durch einen grassierenden Antisemitismus mit protestantischer Motivation gekennzeichnet war, war nunmehr aus vielen Gründen anders geworden. Schließlich ging es um die "Entnazifizierung": das Problem stellte sich zunächst zwar als formales, nämlich als Frage nach der Zulassung der Aufnahmewilligen in die Kirche, sollte aber doch wenigstens in der Kirche als geistiges verstanden werden. Obwohl das nicht immer gelang, zeigte sich doch hier - anders als bei den staatlichen "Entnazifizierungsmaßnahmen" - das Bemühen, in theologischen Kategorien wie Schuld, Buße, Vergebung, Neuanfang durch Gottes Geist zu denken.

Sicher fanden die Bemühungen des Bischofs und anderer Einsichtiger nicht immer jenes Echo, das ihnen gebührt hätte, wobei dafür nicht selten die Dringlichkeit des äußerlichen Wiederaufbaus geltend gemacht wurde, insgesamt gelang es aber doch, eine totale Neuorientierung der Position der Kirche - gerade auch, was das Verhältnis zu Österreich anbetraf - zu erreichen.

Nunmehr erlebte man einerseits, in gewisser Hinsicht anerkannt und geachtet zu werden, andererseits hatten sich die bisherigen Träume als falsch erwiesen. So ergab sich - nicht zuletzt auch aufgrund einer weitgehenden Entideologisierung der Parteienlandschaft - ein wesentlich anderes, ein entspannteres Verhältnis zum Staat.

12. Es ist erstaunlich, in welch raschem Maße durch die Kirchenleitung Anstrengungen zur Erneuerung der kirchlichen Arbeit unternommen wurden. Bereits am 25.5.1945 erging

seitens des Oberkirchenrates der Auftrag zur Wiedererrichtung der kirchlichen Jugendarbeit. Dabei und bei vielen ähnlichen, andere Gebiete der Arbeit der Kirche betreffenden Anweisungen ist festzustellen, daß man nicht mehr auf eine Etablierung von Vereinen in einem mehr oder weniger ausgeprägten Nahverhältnis zur Kirche wartete, oder ihnen diese Arbeitsform überlassen wollte. Es ging um eine Verkirchlichung der Arbeit. Diese sollte an die Gemeinde, damit aber auch an die Diözese und die Kirche gebunden sein.

Dabei war es noch unklar, welche Rechtsqualität den Gemeinden überhaupt zukam. Erst allmählich stellte man - bezeichnenderweise durch die Finanzbehörden - fest, daß ihnen der Charakter öffentlich-rechtlicher Körperschaften zukam.

Dieser Prozeß der Verkirchlichung wurde dadurch verstärkt, daß man sich entschloß, die 1939 verfügten Zentralisierungsmaßnahmen nicht aufzuheben. Die Pfarrerbeseoldung und Kirchenbeitragseinhebung blieben also Aufgaben der Gesamtkirche.

Auch in dieser Hinsicht erkannten die führenden Männer, daß ein Zurück zu den Verhältnissen des Jahres 1937 nicht möglich war.

So setzten Bemühungen ein, auch das organisatorische Chaos, das durch die Flüchtlinge und ihre Gemeinden nicht geringer geworden war, zu bewältigen. Zunächst gab es Beauftragungen und Zuteilungen von Pfarrern; erst am Juli 1946 konnte man an die ordentliche Bestellung denken. So wurden innerhalb von dreißig Monaten 81 Pfarrstellen, das waren rund 40 Prozent aller Pfarrstellen in der Kirche, neu besetzt. Auch die Errichtung neuer Pfarrgemeinden wurde vorgenommen, wobei Hand in Hand damit eine Ausweitung der Basisorganisation erfolgte. Von 1940 bis 1947 stieg die Zahl der organisierten

Predigtorte von 246 auf 423 an.

13. Dabei ist zu beachten, daß zumindest die Anfänge dieser Bemühungen im Zeichen weitgehender Unklarheit geschahen. Sicher hatte die staatliche Entnazifizierung nur relativ geringe Auswirkungen auf die kirchliche Organisation, insgesamt aber war die Rechtslage ungeklärt.

Und was sollte mit Religionsunterricht, kirchlichem Schulwesen, aber auch mit den beschlagnahmten kirchlichen Vermögenswerten geschehen? Wenn sich auch schon im Herbst 1945 erste Klärungen abzeichneten, dauerte es doch noch recht lange Zeit, bis diese Fragenkomplexe eine endgültige und gesetzliche Regelung erfuhren. Immerhin gab es bereits im Herbst 1945 keinen Zweifel mehr, daß es keine volle Rekonstruktion des kirchlichen Schulwesens geben würde, daß hingegen der Religionsunterricht wieder seinen angestammten Platz in den Schulen finden würde.

Waren das Fragen, die alle Kirchen gleichmäßig angingen, so erwies sich für Österreichs Protestanten die Frage nach der rechtlichen Stellung ihrer Kirche als besonders unklar. Einerseits war durch die Machthaber an der Gültigkeit des Protestantentumsgesetzes herumgearbeitet worden, andererseits war es nicht formell aufgehoben worden. Nach einigem Überlegen, das durchaus nicht nur von Wohlwollen für die evangelische Kirche getragen worden war, rechnete man ihr doch ihr weitgehendes Fehlen in der Widerstandsbewegung durchaus negativ an, stellte man fest, daß das Protestantentumsgesetz so weit gelte, als es nicht ausdrücklich durch die Bestimmungen der Gesetze von 1939 über die Rechtsstellung des Oberkirchenrates und die Erhebung von Kirchenbeiträgen aufgehoben worden war; dabei wurden diese Gesetze so eng wie möglich ausgelegt. So war zwar der Oberkirchenrat eine kirchliche Behörde geworden, an den anderen Abhängigkeiten

der Kirche vom Staat hatte sich aber nichts geändert.

14. Die kirchlichen Bemühungen gingen natürlich wieder auf eine Novellierung oder Neufassung dieser staatskirchenrechtlichen Grundlagen hinaus, umfaßten ebenso aber auch Bemühungen um eine Neuordnung des innerkirchlichen Rechtes; zugleich wollte man auch noch eine kirchliche "Lebensordnung" als Ausdruck evangelischen Bekenntens und Lebens beschließen und damit ein gewisses Maß an kirchlicher Verbindlichkeit über die Organisationsformen und der unterschiedlich (geistigen und äußeren) Herkunft der ihr Angehörigen in dem Augenblick notwendig geworden, als man eben ein neues Selbstwertgefühl eine neue Identität und eine neue Stellung zu Staat und katholischer Kirche gefunden hatte.

Dieser neuen Identität sollte auch die neu erweckte Pressearbeit, die Bemühungen um das Geltendmachen der Meinung der Kirche in der Öffentlichkeit, aber auch die Verstärkung der Präsenz in der Öffentlichkeit dienen.

So viel restaurativ gedacht wurde, so viel mußte neu begonnen werden. Vieles, was scheinbar wieder so werden konnte, wie es vor 1938 gewesen war (und in den dörflichen Gemeinden gab es da gar manches an Vorstellungen, Arbeitsformen und Handlungsweisen), war doch in einem anderen Konditionierungsrahmen eingespannt und darum letztlich anders. Das erwies sich zwar nicht immer gleich zu seiner Gänze, doch sind die Unterschiede schon von Anfang an merkbar gewesen. Es war der Neubeginn 1945 für Österreichs Protestanten und ihre Kirche wesentlich anders als jener nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Das heißt nicht, daß er leichter gewesen ist. Dazu waren die äußerlichen Probleme schon viel zu groß; die Wiederaufbauarbeiten zogen sich fast zwei Jahrzehnte hin. Es war aber nunmehr ein Haus

vorhanden, in dem man sich wohlzufühlen begann; man hatte zudem in Österreich seinen Platz gefunden.

II.

1. Der Anschluß Westungarns an Österreich und die Errichtung des Burgenlandes führten in mehrfacher Hinsicht zu Veränderungen im Blick auf die Position, wie das Selbstverständnis der Evangelischen und ihrer kirchlichen Einrichtungen in dem betroffenen Gebiet. Die Tatsache, daß innerhalb der Gemeinden die Meinungen bezüglich der Notwendigkeit des "Anschlusses" kontrovers waren, hat dazu ebenso beigetragen, wie auch die Diskrepanz in den dazu entwickelten Zielvorstellungen. Nicht wenige sahen in der Angliederung an Österreich einen ersten Schritt auf dem Wege "heim ins Mutterland der Reformation". Derartigen Erwartungen standen bei anderen die Ängste gegenüber, in Österreich ("das, was übrig geblieben war") zwischen einer als kirchenfeindlich erwarteten Sozialdemokratie und einem mächtigen politischen Katholizismus zerrieben zu werden.

Mit dem Anschluß waren die nunmehr burgenländischen Evangelischen jedenfalls aus der rechtlichen und faktischen Sicherheit des ungarischen Protestantismus herausgetreten. Auch wenn man das damals nicht einmal im Wiener Oberkirchenrat begreifen wollte, bedeutete doch die Ausdehnung des österreichischen Protestantenpatentes vom 8.4.1861 auf das Burgenland eine Beeinträchtigung der rechtlichen (und finanziellen) Position des hiesigen Protestantismus.

Wichtiger war vielleicht noch, wenngleich das erst später bemerkt wurde, daß auch die öffentliche Geltung der evangelischen Kirche in Österreich lange nicht in jener Weise gegeben war, wie das die burgenländischen Protestanten aus Ungarn kannten. Schließlich stellte man bereits 1924 inner-

halb des burgenländischen Luthertums fest, daß man aus einer relativ statischen Gesellschaftsordnung in eine weitaus dynamischere und problematischere geworfen wurde.

2. Den Evangelischen im neuen Bundesland wurde es auch nicht leicht gemacht, eine selbständige Position aufzubauen. Fanden sie schon in ihrer neuen "Landeskirche" nicht immer jenes Maß an Verständnis, das für sie notwendig gewesen wäre, so gab es im politischen Kampf in ihrem Lande für sie so gut wie keine "Heimat". Keines der drei politischen Lager machte sich das Anliegen einer Vertretung der evangelischen Belange zur Aufgabe. Diese Heimatlosigkeit wurde durch die zum Teil völlig verständnislosen, ja schikanösen Handlungen der neuen Verwaltungsorgane erheblich verstärkt. Diesen äußeren Schwierigkeiten korrespondierte die Tatsache, daß es der 1924 gegründeten Diözese eigentlich an einer zentralen Führung fehlte, daß sie am Sitz der Landesverwaltung nicht präsent war, daß es - nach dem Tod des Superintendentialkurators Dr. Ratz - keinen überzeugten Evangelischen unter den Landespolitikern mit Einfluß gegeben hat, der auch in der Diözese die Position des Landes zu vertreten imstande gewesen wäre. So kam es zu Auseinandersetzungen, zu einzelnen Trotzreaktionen, ohne daß ein zukunftsweisender Weg für den burgenländischen Protestantismus beschritten worden wäre.

3. Das kirchliche Leben hatte in den einzelnen Gemeinden und im Bewußtsein der Bewohner des Landes nach wie vor seine Geltung und Bedeutung. Abbröckelungsprozesse in der Geltung der Meinungsäußerungen der Pfarrer wurden noch nicht spürbar, die Erschütterungen der kurzen "Roten" Zeit unter Béla Kun wurden rasch überwunden. Da und dort wurde sogar versucht, neue kirchliche Arbeitsformen einzurichten; das kirchliche Vereinswesen erreichte - vielleicht als Antwort auf außerkirchliche Bemühungen ähnlicher Art - in den Jahren

nach 1925 neue Höhepunkte. Auch die verschiedenen Institutionen konnten, einschließlich der seit 1919 gefährdeten Schulanstalten in Oberschützen, gehalten, zum Teil sogar etwas ausgebaut werden.

Bezeichnend war aber immerhin, daß die vehementen evangelischen Proteste gegen die Proklamation des Martin von Tours zum burgenländischen Landespatron überhaupt keine Folgen hatten.

4. Obwohl erst seit Anfang des 20. Jahrhunderts in den Gemeinden eine stärkere deutsch-nationale Bindung aufgekommen war, die sich freilich im politischen Lager der "Deutsch-nationalen" nach 1921 nur zum Teil beheimatet sah, wurde die Sehnsucht nach einer kirchlichen Existenz im Lande der Reformation immer stärker, und zwar vor allem nach der Umgestaltung Österreichs in einen "christlichen" Ständestaat. Das Wort des Kardinals von Wien, wonach die Zeit einer neuen "Gegenreformation" gekommen wäre, wurde zwischen 1934 und 1938 von einzelnen Evangelischen, wie von der evangelischen Kirche im Burgenland als eine Realität erlebt. Bewußte Diffamierung und Nichtachtung aus Gleichgültigkeit und katholisch motiviertem Unverständnis auf der einen Seite, nationales Sehnen auf der anderen Seite, gerieten in einen immer stärkeren Gegensatz, der einen erheblichen Teil der burgenländischen Protestanten - wie andere Teile des "Staatsvolkes" auch - zu Außenseitern machte.

Instinktlosigkeit der Verwaltungsbehörden und katholische Machtgier im Verhältnis zu evangelischen Bemühungen sind wenigstens seit 1934 in erstaunlicher Weise zu vermerken.

Die Leitungen der Gemeinden und der Superintendenz reagierten darauf weithin mit Zurückhaltung; innerhalb der Gemeinden fiel jedoch die Unterscheidung zwischen national

und nationalsozialistisch auf weite Strecken hin. Lehrer und jüngere Gemeindeglieder verwechselten zunehmend Verkündigung des Evangeliums mit einer sie begeisternden Ideologie. Die wirtschaftlich schwierige Lage in den Bauerngemeinden, die das Selbstbewußtsein der bisher tragenden Schicht ganz stark beeinträchtigte, wirkte sich auf den inneren Aushöhlungsprozeß der Gemeinde ebenfalls aus.

In dieser Zeit erfolgte auch ein Bruch in der Frömmigkeithaltung zwischen den Generationen, der auf weite Strecken festgestellt werden kann. Man hörte auf, regelmäßig Hausandachten zu halten. Die Lesung aus Andachtsbüchern, die Gebetsstunden zu Hause wurden nicht mehr in dem Ausmaß gehalten, wie das bisher seit Generationen der Fall war.

5. Angesichts der Erwartungen, die an die Verbindung Österreichs mit dem "neuen" Deutschen Reich geknüpft worden waren, trafen die Folgen dieses neuerlichen "Anschlusses" die evangelischen Gemeinden wie Keulenschläge. Zunächst konnte man sich noch mit der Tatsache trösten, daß es nun endlich der katholischen Kirche auch so schlecht (oder vielleicht noch schlechter) ging als der eigenen, bald aber genügte dieser "Trost" nicht mehr.

Statt neuer Anerkennung und einer freieren Stellung erlebten die Verantwortlichen eine immer deutlichere Zurückdrängung der Kirche aus der Öffentlichkeit, eine Untersagung vieler Tätigkeiten, die bisher als besonders charakteristisch und wichtig für die Kirche angesehen wurden, eine Diffamierung derer, die willens waren, in der Kirche mitzuarbeiten.

Trotz aller Probleme, die es in der Zeit nach 1921 aus finanziellen und geistigen Gründen im evangelischen Schulwesen gegeben hat, sah man von Seiten der burgenländischen

Gemeinden in der Schule immer noch einen integrierten Bestandteil der kirchlichen Arbeit und Existenz: die Trennung traf daher ebenso hart, wie die Auflösung der gesamten diakonischen Arbeit und des kirchlichen Vereinswesens.

Lehrer durften in der Kirche nicht mehr mitarbeiten (manche taten es gerne nicht mehr), Pfarrer durften nicht Parteimitglieder sein, Gemeindeglieder hatten zwischen Engagement in der Kirche oder in der Öffentlichkeit zu entscheiden (dabei gab es auf lokaler Ebene Ausnahmen).

Dazu kam, daß die moralische Autorität der Kirche ebenso verschwunden war, wie ihre bisherige, oft als drückend empfundene "Macht". Ähnlich wie 1919 konnten nunmehr die Aggressionen gegen die losgelassen werden, die bisher als unangenehm empfundene moralische Vorschriftengeber Geltung hatten. Man war nicht nur von diesen Einmischungen in das persönliche Leben "befreit", man stand auch nicht mehr "unter" dem Pfarrer - das konnte er nunmehr zu spüren bekommen!

Sicher waren es nur Teile der Gemeinde, die so handelten; es genügte aber angesichts der Einschüchterungen der anderen, um eine Ghettosituation der kirchlichen Einrichtungen herbeizuführen. Die Anzeigen über angebliche und wirkliche "staatsfeindliche" Äußerungen in Unterricht und Verkündigung, die Behinderung beim "Glaubensunterricht", die Schließung kirchlicher Räume, das alles nötigte nicht nur zu einer weitgehenden Umstellung der kirchlichen Arbeit, sondern auch zur Besinnung über die Position und Aufgabe der Kirche.

6. Nicht überall war man zu einem solchen Besinnungsprozeß fähig; manch einer, der bisher selbst einer deutschen nationalen Anschauung gehuldigt hatte, blieb erstarrt und weder zur Abwehr, noch zu einem neuen Anfang fähig.

Dort, wo aber Überlegungen zur nunmehrigen kirchlichen Position angestellt wurden, bezogen sie sich auch in erster Linie auf die nunmehr mögliche Gestaltung der kirchlichen Arbeit, also auf den Glaubensunterricht, die Konfirmation, die Gottesdienste. Immerhin war es doch einer Reihe von Verantwortlichen klar, daß die bisherige Form der Seelsorge, die als Kirchenzucht verstanden wurde, nicht mehr in unveränderter Weise aufrechterhalten werden konnte. So sind nunmehr Seelsorge als Zuspruch der Vergebung, als Weggeleit in schweren Stunden (Trauer!) deutlicher akzentuiert. Zum direkten Widerstand gegen den Staat kam es im Burgenland so gut wie nirgendwo. Innere Opposition und Unterstützung von Verfolgten sind bekannt, weithin werden die Verfolgungen und Benachteiligungen aber ohne erkennbare Gegenwehr eingesteckt. Seit etwa 1942 richtet man sich auf ein Überleben ein, so etwa wie ein harter Winter in der Landwirtschaft auch geduldig ertragen und sein Ende abgewartet werden muß.

7. Die Maßnahmen der Regierenden führten in den wichtigsten Gemeinden zu einer Erschütterung der Kirchlichkeit; lediglich in einer burgenländischen Gemeinde kam es zu einer tatsächlich gravierenden Austrittsbewegung, ansonsten hielten sich die Zahlen der zwischen 1938 und 1941 Ausgetretenen in einem Bereich, der nur ganz selten die 4 Prozent der Seelenzahl erreichte. Gravierender war die Zurückhaltung bei den Taufen. Hier wurden in einzelnen Gemeinden bis zu 15 Prozent der neugeborenen Kinder nicht unmittelbar nach der Geburt getauft. Bis 1944 gab es kaum ein deutliches Absinken der Gottesdienstbesucherzahlen, die Zahl der Abendmahlsempfangenden stieg in einzelnen Gemeinden sogar an.

Gravierender waren die wirtschaftlichen Einbußen; unklare Eintragungen in den Grundbüchern führten dazu, daß ein nicht unerheblicher Teil kirchlichen Grundbesitzes, und zwar vor

allem jener, der zur Erhaltung des bisherigen kirchlichen Schulwesens gedient hatte, den Gemeinden entfremdet wurde. In einer Gemeinde betraf das auch das bisher evangelische Schulgebäude; in einer anderen kam es zum Abschluß jener Zwangsmietverträge, die den Ortsgemeinden die Benützung der bisher evangelischen Schulgebäude gegen einen bloßen Anerkennungsziins ermöglichten. Trotzdem verbesserte sich die wirtschaftliche Lage in den Pfarrgemeinden. Ursache war einerseits der Wegfall der bisher für die Erhaltung der 66 Volksschulen (mit 101 Klassen), sowie für das höhere Schulwesen in Oberschützen aufgewendeten Mittel, dann der Übergang der Pfarrerberesoldung auf eine zentrale kirchliche Kasse und schließlich die Tatsache, daß in die Dörfer erheblich mehr Geld strömte, als das bisher der Fall gewesen war. Nicht unerheblich trug freilich zu dieser Verbesserung auch bei, daß keinerlei Erhaltungsmaßnahmen an kirchlichen Gebäuden möglich waren.

8. Das herannahende Kriegsende brachte nicht nur das gemeindliche Leben fast zum Erliegen, sondern stellte die Gemeinden auch vor neue Aufgaben.

In jenen Orten, die vor der "Reichsschutzstellung" lagen, ging es um die Evakuierung. Manche Pfarrer sahen sich - nach dem Vorbild der seit 1944 abgesiedelten Siebenbürger und Banat-Deutschen - als Führer eines Evakuierungszuges; sie bemerkten freilich nicht, daß die Situation gegenüber der der Deutschen in Südosteuropa grundsätzlich, wie auch aufgrund der militärischen Situation wesentlich verschieden war. So bedeutete die Evakuierung kaum eine Aufwertung der Position der Pfarrer.

Wichtiger war die Seelsorge in den Tagen des Zerbrechens eines Reiches zuhause, in der sich manche (Pfarrer und Presbyter) bewährten. Es kam jetzt nicht auf die Tragfähig-

keit von Strukturen an, sondern auf den persönlichen Einsatz; das war eine Situation, die sich von der bisherigen Position der Kirche und ihrer Amtsträger deutlich unterschied.

Insgesamt waren die Verluste an Menschen und Besitz in den burgenländischen (Pfarr-) Gemeinden während der Kämpfe am Ende des Zweiten Weltkrieges eher gering; wenigstens im Vergleich zu den anderswo registrierten Verlusten. Das ändert nichts daran, daß Betroffene ein hartes Los zu tragen hatten.

Besonderer Erwähnung bedarf noch der Versuch der Seelsorge an jenen Ostarbeitern, die zum Bau der Reichsschutzstellung zusammengetrieben worden waren und an den evakuierten Ungarn. Nicht zuletzt ist auf die Sorge um die Angehörigen jener Männer und Frauen hinzuweisen, die wegen des Widerstandes gegen den Staat inhaftiert oder hingerichtet wurden.

9. Von längerer Dauer und auch bedeutsamer war das Engagement der Pfarrer und ihrer Mitarbeiter nach Ende des Krieges und mit Beginn der Besatzungszeit. Sie hatten zu helfen, die Tragödien zu bewältigen, die sich aus dem Verhalten der Besatzungstruppen ergaben, die Beerdigungen zu ermöglichen und zu halten, die geschändeten Frauen mit dem weiteren Leben zu versöhnen, vielleicht auch gegen solche Mißhandlungen zu schützen zu versuchen.

In diesem Zusammenhang sind weiters die großen Leistungen zu sehen, durch die Pfarrer und Gemeinden in einer Zeit, wo es keine Verwaltung gegeben hat, erste Regungen des sozialen Lebens zu gestalten versuchten. Das betraf die Vertretung der Standesämter ebenso, wie die Bemühungen um einen gewissen Ausgleich der Verpflegungssituation.

So wurden Gottesdienste und Amtshandlungen auch die ersten Gelegenheiten, bei denen sich eine dörfliche Gemeinschaft wieder zu sammeln vermochte.

10. Die Ereignisse am Ende des Krieges sicherten der Kirche sofort ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit und Ansehen in der Öffentlichkeit. Die Beengtheit, unter der der burgenländische Protestantismus seit 1934 gelitten hatte, war weithin beseitigt; ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das die Minderheit einschloß und ihr eine gewisse Beteiligung am öffentlichen Leben zusichern wollte, war entstanden.

Sicher waren die interkonfessionellen Spannungen nicht vergangen, sie hatten aber doch eine Minderung erfahren, die der Minderheit zugute kommen konnte.

Diese dem burgenländischen Protestantismus zufallende Beachtung, die etwa darin ihren Ausdruck fand, daß an der ersten Superintendentialversammlung, die nach dem Ende des Krieges im Jahre 1947 in Rust stattfand, der Vizekanzler der Republik teilnahm, hatte freilich auch negative Auswirkungen. Sie behinderte nämlich den Prozeß der Besinnung auf die eigene Identität.

Natürlich war die Tatsache, daß in äußerlicher Hinsicht so viel zu erneuern und zu reparieren war, diesem Prozeß ohnedies nicht günstig. Die praktischen Aufgaben standen im Vordergrund, von der Erneuerung der Kirchenfenster bis zur Besorgung des Religionsunterrichtes, von der Taufe der bereits etwas größer gewordenen Kinder bis zur Aufnahme der Ausgetretenen.

In einer südburgenländischen Gemeinde kam sogar eine Eintrittsbewegung zustande, die jedoch dadurch belastet war, daß die geistliche Versorgung dieser Gemeinde nicht optimal

war.

Erst nach und nach konnten wieder alle Pfarrstellen besetzt werden; dort, wo Pfarrer als vermißt gemeldet waren, ergaben sich längere Provisorien, die jedoch auch den äußeren Aufbau nicht zu hindern vermochten. Im Jahre 1946 gibt es die ersten Beschlüsse von Presbyterien über die Vornahme von Reparaturen und über Neuanschaffungen, 1947 konnten bereits wieder der erste Kirchenbau im Burgenland geweiht werden. 1949 war das große Jahr der Glockenanschaffungen.

Gleichzeitig begann man mit der Errichtung von Gemeinderäumen, da die ehemaligen evangelischen Volksschulgebäude im Besitz der politischen Gemeinden verblieben. So mußten für Konfirmandenunterricht Jugendkreise und andere Gemeindeaktivitäten Räume geschaffen werden.

11. Vieles war wieder so, wie es gewesen war, insgesamt hatte sich aber doch eine erhebliche Änderung der Position ergeben. Innerkirchlich war auch im Burgenland der Prozeß der "Verkirchlichung" in Gang gekommen, also eine Bewegung der Ausbildung eines übergemeindlichen Zusammengehörigkeitsgefühles. Vieles, das früher Vereine als ihre Aufgabe angesehen hatten, wurde nunmehr als unmittelbares Aufgabengebiet der Kirchengemeinde entdeckt; die Notwendigkeit von Gottesdiensten in den Tochtergemeinden wurde erheblich stärker angesehen. Was früher die Schulen bedeutet hatten, und zwar sowohl, was die Belastung, wie auch was die Arbeitsmöglichkeiten anbetraf, mußte nunmehr durch andere Formen der Arbeit ausgefüllt werden.

In der traditionellen Sitte waren gewaltige Einbrüche festzustellen, die nicht wieder ausgeglichen werden konnten. Der geschlossene evangelische "Raum", der durch diese Sitte, durch die Schule und durch relativ wenige Mischehen gekenn-

zeichnet war, begann aufzubrechen.

Nach außen hin kam es durch den Wegfall des deutsch-nationalen Lagers im Lande dazu, daß sich die Evangelischen verschiedenen Parteien zuwandten, was angesichts des Rückzugs der Ideologien aus dem politischen Alltag möglich wurde. Dabei darf freilich nicht übersehen werden, daß noch lange Zeit die Besetzung politischer Posten durchaus eine konfessionelle Frage blieb.

Auch aus dem Schulalltag und der dort betriebenen Personalpolitik verschwand die konfessionelle Problematik nicht; sie ging auch jetzt noch zum Teil zu Lasten der Minderheit. Der Religionsunterricht sicherte aber doch einen gewissen evangelischen Einfluß auch in solchen Schulen, zu denen die evangelische Kirche bisher keinen Zutritt gefunden hatte.

12. Keine unerledigte oder offene Frage - so meinte man in den Gemeinden - sei die Aufgabe der Kirche. Dabei hätte sich angesichts der erfolgten geistigen Veränderungen und der sich allmählich abzeichnenden gesellschaftlichen Umwälzung gerade an dieser Stelle die Notwendigkeit neuer Überlegungen ergeben.

Natürlich ist der Auftrag der Kirche, das Evangelium von Gottes Liebe zu verkündigen, an sich prinzipiell unverändert; das was sich aber stets verändert, ist der menschliche Kontext, in den hinein diese Verkündigung zu erfolgen hat. Darum sollten sich auch die Formen der Verkündigung ändern, vor allem aber auch das Selbstverständnis der "Gemeinden" in ihrer Doppelheit als Institution, wie als *communio baptizatum*. Hier war 1945 und danach der burgenländische Protestantismus trotz einzelner Bemühungen und Anstöße vorerst nicht in der Lage, zureichend zu agieren.

13. Dabei hatten sich auch im Blick auf die Identität ebenfalls unübersehbare Veränderungen ergeben. Das, was einmal als besonders wichtiges Kennzeichen evangelischer Existenz gegolten hatte, nämlich eine weitgehend deutsch-nationale Überzeugung, war faktisch grundsätzlich unmöglich geworden. Sicher waren die entsprechenden Meinungen in der älteren Generation nicht ausgelöscht worden, aber die Verknüpfung von kirchlicher Verkündigung, evangelischem Bekenntnis und dieser Überzeugung hatte doch zumindest tiefe Risse erfahren.

Was war aber dann das Kennzeichen des evangelischen Glaubens und der dazugehörigen kirchlichen Identität? Eine Zeitlang konnte noch der Gegensatz zum Katholizismus und seinen liturgischen Formen in diesem Zusammenhang als wichtig angesehen werden. Er erwies sich aber schon bald als unzureichend und war vor allem als Negativum nicht zukunfts-trächtig. In einer Reihe von Gemeinden begann sich eine neue Jesus-Frömmigkeit auszudehnen, die immerhin beachtlich war. Das war aber nicht genug. Mancherorts blieb es bei einer vorwiegend moralischen Ausrichtung der Verkündigung, freilich ohne daß die früheren Kirchenzuchtmaßnahmen bestehen konnten.

14. Diese Überlegungen haben vom rein Historischen weggeführt und auch in zeitlicher Hinsicht das Jahr 1945 verlassen; sie sollen darauf hinweisen, daß die Geschichte einer Kirche keineswegs nur von äußerlichen, politischen oder gesellschaftlichen Faktoren abhängig ist, sondern daß in ihr auch andere Motive und Gegebenheiten geschichtswirksam werden. Dies ist als Charakteristikum der Kirchengeschichte und ihrer Erforschung anzusehen, daß sie auf diese anderen Faktoren, auf das Selbstverständnis und die Identität der Kirche als funktionale Größe hinweist. Die Kirche ist nicht Selbstzweck und hat ihre Bedeutung nicht

einfach in ihrer Existenz oder ihren Erfolgen, sondern versteht sich - nach evangelischer Ansicht - als Träger der Funktion und Aufgabe, welche ihr von dem Herrn als Stifter der Kirche, Jesus Christus, vorgegeben ist. Sie vermag daher nicht nur selbst aus diesem Verständnis Kraft und Meisterschaft der Geschehnisse gewinnen, sondern wird sich - vor allem durch das Bewußtsein und das gläubige Selbstverständnis vieler, die sich zu ihr bekennen - als Gestaltungsfaktor in weiten Bereichen der historischen Entwicklung erweisen. Kirchengeschichte als Geschichte der menschlichen Antworten auf das Leben, die Verkündigung und die Auferstehung Jesus Christus ist darum immer noch ein die Entwicklung der Menschheit weiterführender und bereichernder Faktor.

Das sollte an Hand dieses zeit- und lokal eng begrenzten Ausschnittes darzustellen versucht werden.

Literatur:

Der Vortragscharakter, der den vorstehenden Ausführungen anhaftet, hat - zusammen mit anderen Überlegungen - dazu geführt, daß auf die Hinzufügung von Anmerkungen verzichtet wurde. Das trägt auch der Skizzenhaftigkeit der Ausführungen in gewisser Hinsicht Rechnung, ohne deren Gehalt zu mindern. An Stelle von Anmerkungen soll auf einige neuere Aufsätze hingewiesen werden, die weitere Literatur enthalten.

Zu I.

Gustav Reingrabner, Protestanten in Österreich. Geschichte und Dokumentation, Wien-Köln-Graz 1981, v.a. S. 266ff.

Karl Schwarz, Eine Denkschrift zur Lage der evangelischen Kirche im Ständestaat (1934-1938). In: Jahrb.f.Gesch.d.Prot. i.Ö. 96 (1980), S. 263ff.

Maximilian Liebmann, Kirchen suchen Frieden und Schutz. In: Wissen. Glaube.Politik, Graz-Wien-Köln 1981, S. 179ff.

Gustav Reingrabner, Die Entstehung der Verfassung der Evang.Kirche A.u. H.B.i.Ö. vom 26.1.1949. In: Jahrb.f.Gesch.d.Prot. 99 (1983), S. 109ff.

Ulrich Trinks, Reaktionen in der Evangelischen Kirche in Österreich auf Barmen 1934 und den Kirchenkampf im Deutschen Reich. In: Widerstehen. Wien 1985, S. 27ff.

Karl Schwarz, Kirche zwischen Kruckenkreuz und Hakenkreuz. Über die Lage der Evang. Kirche in der Ära des kath. Ständestaates. In: Amt und Gemeinde 36 (1985) S. 95 ff.

Zu II.

- Gustav Reingrabner, Das Wort unseres Gottes bleibt ewiglich. Aus der Geschichte und den Leben der Evangelischen im Burgenland, Wien 1979.
- Ders., Die evangelische Kirche. In: Herbert Steiner (Hg.), Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934-1945, Wien 1979, S. 152ff.
- Ders., Die evang. Kirche im Burgenland während des Ständestaates und des Deutschen Reiches. In: Burgenland in seiner pan-nonischen Umwelt, Eisenstadt 1984, S. 313ff.
- Ders., Die Errichtung der Evangelischen Superintendentenz A.B. Burgenland. In: Lebendiges Evangelium. Blätter aus dem Ev. Diözesanmuseum Stöb 1 (1984).
- Ders., Die evangelische Kirche - ihre Lage und ihr Wirken im Jahre 1945. In: Stefan Karner (Hg.), Das Burgenland im Jahr 1945. Beiträge zur Landes-Sonderausstellung 1985, Eisenstadt 1985, S. 269ff.

Der Urschrei Friede
wird tödlich verletzt
bei seiner Geburt,
doch kleine Sommerblumen
stammeln lilafarbne Litanein
am Rand des Büberwegs
für ihn--

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland](#)

Jahr/Year: 1986

Band/Volume: [074](#)

Autor(en)/Author(s): Reingrabner Gustav

Artikel/Article: [Bemerkungen zur Situation der Evangelischen Kirche im Jahre 1945.
301-335](#)